

Nach den Vorfällen von Köln

Verschärftes Ausweisungsrecht

Straffällige Ausländer werden künftig schneller ausgewiesen. Das ist die direkte Antwort des Staates auf die Vorfälle der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten. Es müsse klargestellt werden, dass Deutschland der Staat des Rechts und der Sicherheit ist, sagte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer am Mittwoch im Bundestag.



Foto: picture alliance/dpa

Kriminell gewordene Ausländer und Asylbewerber können künftig bereits ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder nach Jugendstrafrecht geurteilt wurde. Dies gilt für Straftaten gegen das Leben, bei Körperverletzung, Sexualstraftaten, Eigentumsdelikten und bei Widerstand gegen die Staatsgewalt, zum Beispiel Angriffen auf Polizisten. „Wer als Asylbewerber unsere Gastfreundschaft missachtet, muss sofort abgeschoben werden“, unterstrich Scheuer.

Köln sei in der Silvesternacht ein Ort des Versagens gewesen, so der Generalsekretär, und zwar sowohl von der polizeilichen als auch politischen Führung. Deeskalation bei solchen Menschenansammlungen erreiche man nämlich nicht durch Rückzug und Schwäche, sondern

durch Stärke im Auftreten, so wie es das bayerische Konzept bei Polizeieinsätzen sei. Scheuer forderte zudem mehr Videoüberwachung, mehr unangemeldete Personenkontrollen und mehr Polizei. Gerade in Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten Jahren etliche Stellen gestrichen.

Der CSU-Generalsekretär warnte vor einer gefährlichen gesellschaftlichen Diskussion, wenn die Probleme und Sorgen der Bürger nicht offen angesprochen würden. Die Bevölkerung habe einen Anspruch auf Information. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ole Schröder unterstrich zudem: Man müsse klar benennen, woher die Täter kommen und deutlich sagen, dass auch kulturelle Hintergründe eine Rolle spielten. Die Ereignisse von Köln zeigten deshalb auch, dass die Integrationskraft einer Gesellschaft endlich sei, so Schröder.

„Köln war in der Silvesternacht ein Ort des Versagens“



Liebe Leserinnen und Leser,

die schändlichen Übergriffe auf Frauen in Köln und anderen Städten in der Silvesternacht verlangen eine klare Antwort des Rechtsstaats. Die unionsgeführte Bundesregierung hat sehr schnell reagiert und eine deutliche Verschärfung des Ausweisungsrechts auf den Weg gebracht. Zudem sollen Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen geschlossen werden.

Es ist allerdings bedenklich, dass viele Medien erst mit erheblicher Verzögerung über die Ereignisse in Köln berichtet haben. Wenn sich bei der Bevölkerung das Gefühl verbreitet, dass nicht vollständig oder nicht objektiv berichtet wird, schadet dies letztlich allen – insbesondere auch der großen Mehrheit der sich anständig verhaltenden Flüchtlinge. Wir lösen Probleme nicht, wenn wir sie verschweigen. Und zur Wahrheit gehört nach dem aktuellen Ermittlungsstand, dass die Angriffe vor allem durch junge arabische und nordafrikanische Männer erfolgten.

Es ist bedauerlich, dass es immer wieder besonderer Ereignisse bedarf, um Herausforderungen der inneren Sicherheit annehmen zu können. Die CSU-Landesgruppe hat bereits vor den Ereignissen in Köln Erleichterungen bei Ausweisungs- und Abschiebungsmöglichkeiten straffällig gewordener Ausländer gefordert. Es ist erfreulich, dass die SPD die Verschärfung des Ausweisungsrechts nunmehr mitträgt. Noch besser allerdings wäre es, wenn die Koalition und Regierung endlich die deutschen Grenzen schließen und weiteren Schaden vom deutschen Volk abwenden würde.

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB

Flüchtlingspass

Bessere Identifizierung von Flüchtlingen

Asylbewerber werden nach Grenzübertritt registriert und künftig mit einem Flüchtlingspass ausgestattet. Das sieht das Datenaustauschverbesserungsgesetz vor, welches am Donnerstag im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde.

„Zentrales Ziel des Gesetzes ist die schnelle und flächendeckende Registrierung aller Asylsuchenden und der systematische Datenaustausch zwischen allen Behörden, die mit den Asylbewerbern zu tun haben“, erläuterte Andrea Lindholz vor dem Deutschen Bundestag.

Künftig wird Flüchtlingen nach Grenzübertritt ein fälschungssicheres Dokument – ein sogenannter Ankunfts nachweis – ausgestellt. Dieser bildet die Grundlage für den Bezug von Leistungen und die Stellung eines Asylantrags. Nach der Einreise werden der Fingerabdruck genommen sowie wichtige Kerndaten der Asyl- und Schutzsuchenden erfasst. Dazu gehören beispielsweise auch Angaben zum Gesundheitszustand und der Schulbildung, um eine zielgerichtete Integration zu ermöglichen.



Ab 1. Februar erhalten Schutzsuchende nach Einreise einen Flüchtlingspass. Foto: picture alliance/dpa

chen. Auch die Arbeitsaufnahme bei dauerhaft Bleibeberechtigten wird so erleichtert.

Gespeichert werden die Daten in einem zentralen Register, auf das verschiedene Behörden Zugriff haben. So können beispielsweise das Bundes-

amt für Flüchtlinge und Migration, die Polizei, die Aufnahmeeinrichtungen, aber auch Jugend- und Gesundheitsämter das komplexe Kerndatensystem gleichzeitig nutzen. Auch Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste können dadurch schneller Personenüberprüfungen durchführen.

Diese Woche

- Nach den Vorfällen von Köln
Verschärftes Ausweisungsrecht 1
- Flüchtlingspass
Bessere Identifizierung von Flüchtlingen 2
- Girokonto
„Konto für Jedermann“ kommt 2
- Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs
Mehr Klarheit für die Verbraucher 3
- Berufliche Bildung stärken
Meister-BAföG mit zahlreichen Verbesserungen 3
- Demografiekongress der CDU/CSU-Fraktion
Zuwanderung benötigt richtige Weichenstellung 4
- Ostdeutsche Landesgruppen
Grüße von den bayerischen Kollegen 4

IMPRESSUM:
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht
Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Girokonto

„Konto für Jedermann“ kommt

Der Rechtsanspruch auf ein Basiskonto für alle wurde am Freitag in erster Lesung beraten. Auch sollen Kosten und Entgelte für Girokonten in Zukunft besser verglichen und Anbieter leichter gewechselt werden können.



Foto: picture alliance/chromorange

Damit setzt die Koalition eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. „Beim Thema Entgelttransparenz begrüße ich sehr stark den Vorstoß“, machte Alexander Radwan (CSU) in seiner Rede deutlich. Er hoffe, dass die Finanzwirtschaft nun einfache Informationen liefere, die die Produkte schnell vergleichbar machten. Solche Informationen vermisse er bislang.

Bezogen auf das geplante Basiskonto wies Radwan darauf hin, dass es

in Deutschland bereits eine Selbstverpflichtung der Sparkassen gebe. Durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf ein Basiskonto für alle erhalten auch Menschen, denen bisher ein Konto verweigert wurde, wie etwa Asylbewerber und Obdachlose, Zugang zu grundlegenden Zahlungsfunktionen. Allerdings gibt es keinen Anspruch auf ein kostenloses Girokonto. Der Gesetzentwurf setzt die Brüsseler Zahlungskontenrichtlinie in deutsches Recht um.

Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs

Mehr Klarheit für die Verbraucher

Fruchtsäfte, in denen die etikettierte Frucht kaum zu finden ist, Erdbeerjoghurt ohne Erdbeeren – bei manchen Produkten sorgt die Bezeichnung für Verwirrung und Ärger bei den Verbrauchern. Mit einer Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs will die Koalition mehr Klarheit bei der Bezeichnung von Lebensmitteln schaffen.

Pünktlich zur Eröffnung der Grünen Woche in Berlin brachte die Koalition einen Antrag zur Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs ein. „Unser Ziel ist es, sichere und gute Produkte zu fairen und nachhaltigen Bedingungen herstellen und anbieten zu lassen“, machte Alois Rainer (CSU) in seiner Rede deutlich. Die im Lebensmittelbuch enthaltenen Leitsätze legen Bezeichnungen und Verarbeitungsverfahren für gut 2.000 Lebensmittel fest. Sie sollen sowohl Verbrauchern als auch Herstellern Orientierung geben und Rechtssicherheit schaffen.



Foto: picture alliance / blickwinkel

Allerdings ist die Akzeptanz dieser Leitsätze in den letzten Jahren stetig gesunken, da teilweise Bezeichnungen und Verfahren verwendet werden, die den Ansprüchen und Erwartungen der Verbraucher nicht mehr gerecht werden. „Was auf einem Produkt steht, muss auch

drin sein – ohne Abstriche“, so die ernährungspolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe Marlene Mortler. Der Antrag stelle praktikable Lösungen vor: „Hier finden sich Verbraucher und Unternehmer gleichermaßen wieder“, erklärte Rainer. In ihrem Antrag fordern die Koalitionsabgeordneten die Bundesregie-

rung unter anderem auf, die Leitsätze stärker an den Verbrauchervorstellungen zu orientieren, Verfahren zu vereinfachen und zu verkürzen sowie der Lebensmittelbuch-Kommission effizienteres Arbeiten zu ermöglichen. Dazu gehöre auch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommission.

Berufliche Bildung stärken

Meister-BAföG mit zahlreichen Verbesserungen

Das sogenannte Meister-BAföG wird deutlich attraktiver: In erster Lesung haben die Abgeordneten am Donnerstag über zahlreiche Verbesserungen beraten. Damit rückt das Meister-BAföG auf Augenhöhe zum BAföG für Studierende.

„Für uns war berufliche Bildung immer das Thema“, machte Albert Rupprecht (CSU) in seiner Rede deutlich. Das Meister-BAföG sei schließlich vor 20 Jahren unter Bundeskanzler Helmut Kohl eingeführt worden. Heute komme es darauf an, wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen akademischer und beruflicher Bildung herzustellen – auch, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Denn für 2020 werde prognostiziert, dass zwei Drittel eines Jahrgangs studieren und nur noch ein Drittel eine Ausbildung absolvieren werde. „Unser Leitbild ist die Gleichwertigkeit der akademischen und der beruflichen Bildung“, erklärte Rupprecht. Er freue sich, dass die Unionsfraktion nochmals eine Erhöhung des Bundesanteils um 27 Millionen auf jetzt 56 Millionen Euro durchgesetzt habe. Somit stehen inklusive des Länderanteils insgesamt 80 Millionen Euro zur Verfügung.



Foto: picture alliance/westend61

Der Zuschuss zum Lebensunterhalt beim Meister-BAföG soll von 44 auf 50 Prozent steigen, der Kreis der Leistungsberechtigten wird deutlich erweitert: Wer zum Beispiel bereits einen Bachelor-Abschluss hat und sich danach noch zu einer Ausbildung entschließt, kann das Meister-BAföG ebenfalls beantragen.

Auch werden Antrag und Bezug der Unterstützung erleichtert. Die höhere Förderung soll zum 1. August 2016 in Kraft treten.

Damit werde exakt das auf den Weg gebracht, was die CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth im vergangenen Jahr beschlossen hat, so Rupprecht.



Termin der Woche

Foto: picture alliance/ bildagentur online

Zu einer gemeinsamen Sitzung trafen sich in dieser Woche die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe mit ihren Kollegen aus Baden-Württemberg. „Wir haben ähnliche Interessen, Forderungen und Wünsche sowie eine ähnliche Mentalität, uns trennt eigentlich nur der Dialekt“, sagte CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt zu Beginn der Sitzung. In zweieinhalb Stunden diskutierten die Parlamentarier aktuelle Herausforderungen – insbesondere die Bewältigung der Flüchtlingskrise.



Foto: Bernhard Lücke

Ostdeutsche Landesgruppen

Grüße von den bayerischen Kollegen

25 Jahre ostdeutsche Landesgruppen im Deutschen Bundestag – ein Grund zum Feiern und zum Rückblick. Durch die Erfahrung der Kollegen aus den neuen Ländern sei das Parlament ein Stück reicher geworden, sagte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Respekt, hohe Anerkennung und großer Dank für das, was damals und in diesen 25 Jahren geleistet wurde“, so Gerda Hasselfeldt in Richtung der Abgeordneten aus Ostdeutschland während der Feierstunde am Dienstagabend.

In der Vertretung des Freistaates Sachsen schauten die Abgeordneten aus Ost und West gemeinsam auf 25 Jahre ostdeutsche Landesgruppen im Bundestag zurück. Dieser Jahrestag, sagte Hasselfeldt, erinnere an den schönsten und größten Glücksfall

unseres Landes: die Deutsche Einheit. Die Grundlage für die Gründung der ostdeutschen Landesgruppen im Bundestag wurde jedoch durch die Wiedereinführung der Bundesländer gelegt, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe.

Die Union, vor allem aber die CSU, war es, die stets an der Wiedervereinigung festhielt. So klagte Bayern 1973 gegen den Grundlagenvertrag der DDR – das im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungsgebot blieb somit für alle Verfassungsorgane bindend.

Demografiekongress der CDU/CSU-Fraktion

Zuwanderung benötigt richtige Weichenstellung

Was müssen wir tun, um die Zuwanderung zu bekommen, die wir brauchen? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Kongresses „Deutschland im demografischen Wandel – Was kann Zuwanderung leisten?“, der in Berlin stattfand.

„Das Thema ist brandaktuell“, stellte der Demografiebeauftragte der CDU/CSU-Fraktion Michael Frieser fest. Angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme werde immer wieder die These vertreten, damit könne man alle Probleme des demografischen Wandels in Deutschland lösen. Die Flüchtlinge könnten den demografischen Wandel zwar abfedern, so Cornelia Schuh vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, jedoch nur dann, wenn dafür jetzt die richtigen Weichen gestellt würden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium Günter Krings ergänzte, man benötige auch weiterhin eine qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften. Hierfür müsse gezielt geworben werden. Gerade für ländliche Räume, so die Staats-



Tanja Samrotzki (l) und Michael Frieser (r)

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ministerin im Auswärtigen Amt Maria Böhmer, könne die Ansiedlung von Flüchtlingen positiv sein: Zum einen würden die Menschen dort persönlicher aufgenommen und könnten damit besser integriert werden, zum anderen könnten durch die Zuwanderer Infrastruktur und Arbeitsplätze erhalten werden.

Professor Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialfor-

schung warnte davor, falsche Anreize zu setzen. Die Gewährung eines dauerhaften Bleiberechts müsse unbedingt auch von Faktoren wie Erwerbstätigkeit oder Mindesteinkommen abhängig gemacht werden. Dadurch könne man die moralische Pflicht zur Aufnahme mit dem Eigeninteresse an qualifizierter Zuwanderung kombinieren. Krings ergänzte: „Wir wollen eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und keine aufs Arbeitsamt.“